

# **Gut leben in Deutschland (Stand 02/18)**

Zur Diskussion in der FG „Armutsbegriff“ der Iak Berlin (Susanne Gerull)

## **1.) Grundlage**

Im Koalitionsvertrag 2013 war ein „Bürgerdialog“ (s. u.) zum Verständnis von Lebensqualität vereinbart worden sowie ein entsprechendes Berichtssystem in regelmäßigen Abständen.

Auf der Startseite ihrer interaktiven Website formuliert die Bundesregierung Folgendes:

„Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ rückt die Bundesregierung die Lebensqualität in den Fokus ihres Regierungshandelns. Sie soll Maßstab für eine erfolgreiche Politik werden. Was aber verstehen die Menschen konkret unter einem „guten Leben“? Dies zeigte sich im Bürgerdialog der Bundesregierung. Sichtbar wurde ein breites und facettenreiches Verständnis der Bürgerinnen und Bürger von Lebensqualität. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung weiterer nationaler und internationaler Erkenntnisse und Diskussionen wählte die Bundesregierung zwölf Dimensionen und 46 Indikatoren aus, um Stand und Entwicklung der Lebensqualität in Deutschland zu beschreiben und messbar zu machen. Die Indikatoren werden fortlaufend aktualisiert und sind im interaktiven Bericht entsprechend markiert.“

Interaktive Website: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de>

Eine Übersicht über die Dimensionen und Indikatoren findet sich im Anhang.

## **2.) Bürgerdialog (lt. Bericht 2016, S. 6 f.)**

Im Bericht von 2016 (S. 6 f.) wird der sogenannte Bürgerdialog beschrieben, mit dem die Bürger\_innen ihre Haltung zum „Guten Leben“ kundtun konnten:

„Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für das Gespräch zum Thema Lebensqualität zu gewinnen, hat die Bundesregierung eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen um Unterstützung gebeten. Vielfalt war dabei ein wichtiges Ziel. Der Einladung, als Organisatoren und Veranstalter am Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“ teilzunehmen, folgten die unterschiedlichsten Vereine und Verbände. So z. B. das Bundeswehrsozialwerk, die Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag oder die Landfrauen. Unterschiedliche Kirchen und Religionsgemeinschaften haben sich ebenso aktiv beteiligt wie viele Volkshochschulen aus dem ganzen Bundesgebiet. Insgesamt konnten dank des großen Engagements aus vielen Bereichen der Gesellschaft zwischen April und Oktober 2015 203 Bürgerdialoge durchgeführt werden – in allen Bundesländern, in Großstädten ebenso wie in kleinen Landgemeinden. Einladung und Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer oblag dabei allein den Veranstaltern. Bei 50 Veranstaltungen, die die Bundesregierung organisierte, waren die Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen oder Bundesminister persönlich vor Ort.“

Wer nicht selbst bei einem Bürgerdialog dabei sein konnte, hatte online die Möglichkeit mitzumachen. Auf der Webseite [www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de) konnten die Nutzerinnen und Nutzer individuell auf die Fragen antworten: „*Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?*“ und „*Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?*“.

Auch über Postkarten und Coupons, die bei Großveranstaltungen verteilt oder auflagenstarken Zeitschriften beigelegt wurden, war eine Teilnahme möglich. Insgesamt haben sich rund 15.750 Menschen am Bürgerdialog über die Lebensqualität in Deutschland beteiligt. Rund 15.750 Bürgerinnen und Bürger haben beim Dialog „Gut leben in Deutschland“ mitgemacht – in 203 Veranstaltungen vor Ort, im Online-Dialog oder per Postkarte.“

Das Fazit der Bundesregierung: „So ist ein differenziertes Bild über die gesellschaftlichen Prioritäten entstanden, das nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinn, aber vielfältig, konkret und aussagekräftig ist.“ (Bericht S. 7<sup>1</sup>)

### **Einschätzung der Iak/Fachgruppe „Armutsbegriff“**

Das methodische Konzept „Gut leben in Deutschland“ erinnert an den Better-Life-Index der OECD, der von der Fachgruppe positiv eingeschätzt wurde (s. Papier der Iak). Insofern ist auch dieser sehr ähnliche Ansatz aus Sicht der Fachgruppe „Armutsbegriff“ ein recht überzeugendes Konzept für eine Ergänzung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Positiv ist zu festzustellen, dass die Indikatoren jeweils auch auf das damit einhergehende Armutsrisiko untersucht und dargestellt werden. Es stellt sich allerdings die Frage, welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus dem ersten, 241 Seiten starken Bericht gezogen werden. Hier bleibt die Bundesregierung zunächst vage: „Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt eine breite Auseinandersetzung der Wissenschaft mit den methodischen ebenso wie mit den politischen Fragen des Berichts. Diese Diskussion wird von ihr bei der Weiterentwicklung des Berichts sowie bei der Analyse von Handlungsbedarfen und der Entwicklung politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität berücksichtigt.“ (Bericht, S. 206) Über eine Beschlussfassung des Bundeskabinetts ist noch nichts bekannt. Die interaktive Website könnte übersichtlicher sein.

Der Begriff „Bürgerdialog“ suggeriert eine Beteiligung auch an der Entwicklung von Schlussfolgerungen und Konsequenzen. Diese müssen möglichst konkret formuliert werden. Damit hat die Bundesregierung eine hohe Verantwortung übernommen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf einer Instrumentalisierung der Beteiligten aussetzen will. Wir erwarten daher trotz der aktuellen unklaren politischen Situation (noch keine Regierungsbildung) eine schnelle Befassung des (zz. amtierenden) Bundeskabinetts mit dem Bericht.

---

<sup>1</sup> Link zum Bericht: [https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile) (01.12.2017)